



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

B/168/IV

19. November 1949

Gefunkteter Generalanzeiger  
Von Jürgen F. Warner

Der Rundfunkrat des Münchener Senders, bestimmt, über die Entwicklung und die Geschäftsführung des Unternehmens, vor allem über

seine gesetzlich festgelegte Unabhängigkeit zu wachen, glaubte dieser politischen Unabhängigkeit am wirksamsten durch die Entpolitisierung

des Münchener Sendeprogramms zu dienen. Er beschloss, wie man weiß, die politischen Kommentare im Bayrischen Rundfunk schlechthin zu ver-

bieten. Das Misstrauen gegenüber einer freiütigen Diskussion politischer Probleme, das sich in diesem Beschluss offenbart, charakter-

isiert zunächst einmal den Bayrischen Rundfunkrat selbst. Das Vorkommnis zeigt in aller Klarheit, wie wenig er einer lebensnahen Ent-

wicklung des Rundfunks dienen kann. Sein Aufbau, der sich in Bayern, ebenso wie bei den übrigen westdeutschen Sendern, unter alliierter

Einfluss nach ständischen, nicht nach demokratischen Grundsätzen vollzog, muss ihn freilich auch für eine solche Aufgabe denkbar unge-

eignet machen. Die Vertreter der unterschiedlichen Körperschaften und Vereinigungen, die in dem Rundfunkrat beisammen sitzen, fühlen

sich naturgemäss den Interessengruppen, die sie delegierten, mehr als der deutschen Demokratie verantwortlich. Es wird eher ihr Ziel sein,

administrative Ruhe auf dem Wege des geringsten Widerstandes zu erreichen, als in den Sendungen fruchtbare Auseinandersetzung und kri-

tische Selbstbesinnung zu fördern. Das jetzt erlassene Verbot zeigt, wohin solche Einstellung führen muss.

Der Bayrische Rundfunkrat will in den Programmen seines Senders Meinungsäusserungen in Zukunft nur noch in den kurzen Eigensendungen

den Parteien zulassen und im übrigen das politische Wortprogramm auf farblose Kommentare, ohne jede Stellungnahme, beschränken. Der

Rundfunk soll also eine Art drahtloser Generalanzeiger werden.

Welche Verkennung der Aufgaben des Rundfunke! Ein überparteilicher Rundfunk, der in seinen Sendungen alle ernsthaften Tendenzen in Politik, Wirtschaft und Kultur von ihren Anhängern verteidigen, von ihren Gegnern kritisch durchleuchten lässt, muss das Ziel unserer Rundfunkentwicklung sein. Die Überparteilichkeit des Rundfunks, die ihm erst seine Berechtigung im Chor der Meinungsbildung gibt, wäre bei einem unpolitischen Sender mit Sicherheit ausgeschlossen. Sogenannte "meinungslose" Kommentare, wie sie der Bayrische Rundfunkrat will, vertreten natürlich doch eine Meinung: sie unterstützen in der bekannten Art der Generalanzeiger die Ansichten der Verwaltung, der "staatserhaltenden Kräfte". Der Staatsrundfunk Goebbelscher Prägung steht am Ende einer solchen Entwicklung. Die kürzliche Mitteilung des politischen Chefredakteurs am Sender München, dass Verhandlungen im Gange wären, um der Bayrischen Staatsregierung feste Sendezeiten einzuräumen, zeigt die Fortschritte auf diesem gefährlichen Weg. Genau so begann einmal Franz v. Papen den Umbau des deutschen Rundfunks zur Propagandamaschine des Dritten Reichs. Von der Einräumung gleicher Sendezeiten für die Opposition, die ein selbstverständliches Gegenstück der Regierungssendungen bilden müssten - diese blieben auch dann noch bedenklich genug - war in v. Cubes Mitteilung natürlich nicht die Rede. Gegen diese Tendenzen hat sich sehr bezeichnenderweise der Bayrische Rundfunkrat bisher nicht gewandt.

Weder Staatsrundfunk noch "unpolitische" Interessensender sind der demokratischen Entwicklung dienlich. Nur ein unabhängiger Rundfunk, gefördert und beraten von Vertretern der echten demokratischen Öffentlichkeit, die durch die Volksvertretungen und nicht durch mehr oder weniger unberufene Organisationen bestimmt sind, ist in der Lage, seine Hörer objektiv zu unterrichten und in ihrer politischen Meinungsbildung zu fördern.

Auf keinen Fall dürfen die Funktionen des Kommentators und des Nachrichtenredakteurs in einer Hand vereinigt werden. Eine solche Zusammenfassung unvereinbarer Aufgaben, wie sie beim Bayrischen

Rundfunk in der Hand Walter v. Cubes zusammenkommen, setzt diesen Rundfunksender dem Verdacht der planmässigen Meinungsbeeinflussung aus. Derartige Schritte, wie sie jetzt in München versucht werden, sollten unmöglich sein. Sie sind geeignet, den Vorwand für eine Verfälschung des Rundfunks zu einem autoritären Machtinstrument zu liefern.

### - - - - -

#### Nazis in Argentinien

### - - - - -

H.P. Dass die spanische Halbinsel und Südamerika den gefallenen Nazigrössen bereitwilligst Asyl geboten hat, ist allgemein be-

kannt. Vor allem in den Ländern Südamerikas gibt es gute Ansatzpunkte für diese Herren, denn schon immer wurde von bestimmten deutschen

Bevölkerungsgruppen der Versuch gemacht, mit Vereinen, Zeitungen und Geschäften Einfluss auf die Politik ihrer zweiten Heimat zu nehmen.

Auch befanden sich gerade in diesen Ländern die Hochburgen des unseligen Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA). Der Boden war also

gut vorbereitet, das politische Klima vorzüglich.

So hat es nicht lange gedauert, bis nach dem Ende des <sup>K</sup>rieges diese Kräfte sich wieder sehr lebhaft zu regen begannen, vor allem

in Chile und Argentinien. Wegbereiter war eine Presse ganz bestimmter Art. Hauptsächlich für den Export gedacht, erscheint jetzt be-

reits im 3. Jahrgang die Monatszeitschrift "Der Weg". Auf feinem Glanzpapier, mit markanten deutschen Holzschnitten versehen, feiern

hier die Überlebenden der Reichsschrifttumskammer ihr Auferstehen. Mit dieser Art kulturpolitischer Unterminierung will man offenbar

versuchen, von aussen her die in Deutschland bankrotte Naziideologie von neuem zum Erwachen zu bringen. Mehr für die deutschsprechenden

Argentinier resp. die in Argentinien lebenden Deutschen bestimmt, erscheint ausserdem in Buenos Aires die sogenannte "Freie Presse",

die direkte Fortsetzung des während des Krieges verschwundenen Nazi-Organs "Deutsche La Plata-Zeitung". Diese völkische Zeitung hat

durch eine geschickte Fassade des Öfftorens den Eindruck erwecken können, als handele es sich bei ihr um ein wirklich demokratisches

15.11.1949

Organ. Hubertus Prinz zu Löwenstein ist ständiger Mitarbeiter und die übrigen Mitarbeiter und Redakteure passen ganz in dieses Bild. Zu

ihnen gehören Dr. Max Hochleitner und Carl Freiherr von Merck. Hochleitner war ehemaliger Militärrichter und hat sich bei den <sup>K</sup>riegsgerichten betätigt, die besonders nach dem 20. Juli 1944 mit den "Ver-

rättern" in der Wehrmacht aufgeräumt haben. Nach der Niederlage Deutschlands war er eine Zeitlang im spanischen Ausnahmeministerium tätig. Sein Kollege, von Merck, war früher Sonderberichterstatter des "Völkischen

Beobachters" und Chef der Nazi-Spionage in Brasilien. Von dort wurde er während des <sup>K</sup>rieges ausgewiesen, ging nach Deutschland und war

auf Befehl Hitlers an einer Junkerschule tätig. Zu den weiteren Mitarbeitern der "Freien Presse" und auch der Zeitschrift "Der Weg"

gehört Robert Kessler, ein früherer Bearbeiter der Gestapo, der sich als sudetendeutscher Journalist in der Tschechoslowakei betätigt

hat.

hat.

Von weiteren früher massgebenden Nationalsozialisten seien hier nur Hans Rothler, der Naziführer in Estland und Hans Hofer, ehemaliger Gauleiter von Tirol, erwähnt.

#### S.P.D. gegen Remilitarisierung

SP- Wie wir erfahren, wird sich der Vorstand der S.P.D. in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 15.11.1949 auch mit den Gerüchten und Berichten befassen, die sich auf die Möglichkeit einer teilweisen deutschen Remilitarisierung beziehen. Dieses Thema ist bereits vor rund einem Jahr Gegenstand einer sehr lebhaften und im ganzen wenig erfreulichen Diskussion gewesen. Es besteht kein Anlass, anzunehmen, dass sich die Haltung der S.P.D. in dieser Frage irgendwie geändert hat. Der Grundeinstellung der Partei gab Dr. Schumacher erst kürzlich mit den Feststellungen Ausdruck, einmal, die Sozialdemokratie sei entschieden gegen die Aufstellung von deutschen Landsknechtsdivisionen, zum anderen, an eine deutsche Wiederaufrüstung sei nicht zu denken, weder im Rahmen eines stehenden Heeres, noch in der einer polizeilichen Organisation, entsprechend der in der Ostzone.

## Weltbund Freier Gewerkschaften

Am 28.11.1949 beginnt in London der konstituierende Kongress des Weltbundes Freier Gewerkschaften. Die Tagung wird voraussichtlich bis zum 9. Dezember 1949 dauern. Auf ihr sollen alle grundsätzlichen Fragen über Form und Inhalt der neuen internationalen Gewerkschaftsbewegung beraten und entsprechende Beschlüsse gefasst werden.

Die amerikanische AFOL-Delegation wird vom Präsidenten der AFOL, Green, geleitet werden. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund, der als gleichberechtigter Partner eingeladen ist, wird unter Führung von Hans Böckler am Kongress teilnehmen. Der Delegation gehören ausserdem die hauptamtlichen Mitglieder des Vorstandes des DGB

Matthias Föcherj, Willi Richter und Ludwig Rosenberg an, weiterhin Adolf Kummernuss, August Schmidt, Jakob Knöös und Christian Fette. Fritz Tarnow, der Sekretär des Gewerkschaftsrates, Frankfurt/a. und Philipp Mittwich werden der achtköpfigen Delegation beratend zur Seite stehen.

## 300 Seiten über Goebbels

Über Joseph Goebbels, den "Dämon einer Diktatur", ist bei der Union Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart ein Buch von Werner Stephan erschienen. Der Autor hat als hoher Beamter im Propagandaministerium Gelegenheit zu täglicher Beobachtung gehabt, nicht gerade immer der dargestellten Hauptfigur, aber doch des Goebbelschen Arbeitskreises, in dem er selbst tätig war. Stephan ist sicher nach dem Zeugnis glaubwürdiger Personen kein Nazi gewesen. Er hat aber diesen Tatbestand in der Hitlerzeit bemerkenswert geschickt und konsequent zu verbergen verstanden, zum mindesten denen gegenüber, auf die es ankam.

In dem Buch werden viele politisch interessanten Vorkommnisse und Zusammenhänge mitgeteilt, die auch in der Nachkriegszeit noch nicht oder nur einem sehr kleinen Kreis von Menschen bekannt geworden sind. Aber fesselnder noch ist die Art, in der wohl zum ersten Mal der Versuch einer ernsten psychologischen Analyse des Phänomens Goebbels unternommen wird. Man kann nicht sagen, dass der Propagandachef des Dritten Reiches dadurch sympathischer geworden wäre, auch wenn er seine Arbeit, wie sie ihm sein Abgott Hitler aufgetragen hatte, in dessen Sinn zu leisten verstand, wie kein anderer aus der Hitlerschen Gefolgschaft.

Es ist ein politisches Buch, keine biographische Hintertreppenromanzo. Der Versuch zu etwas Ähnlichem wie einer Ehrenrettung lag dem Autor offenbar völlig fern. Es wäre auch ein Versuch an untauglichen Objekt geblieben.

-u.

Verantwortlich: Peter Raunau